

Liebe Genossinnen und Genossen, liebe Freundinnen und Freunde,

die Fußball-WM hat begonnen. Trotzdem arbeitet der Bundestag auf Hochtouren. In den vergangenen beiden Sitzungswochen haben wir einige wichtige Vorhaben dieser Wahlperiode auf den Weg gebracht. Darunter die Musterfeststellungsklage, die Parität bei den Krankenversicherungsbeiträgen sowie die Familienzusammenführung für subsidiär Geschützte. Gleichzeitig wurde die Sitzungswoche von den internen Streitigkeiten der Union bei der Frage der Flüchtlingspolitik überschattet.



Ich wünsche unserer Mannschaft bei der Fußball-WM in Russland viel Erfolg!

Krise der Union über die Flüchtlingspolitik

Diese Woche kam es zum vorläufigen Höhepunkt des internen Konflikts zwischen CDU und CSU in Fragen der Flüchtlingspolitik. Der Konflikt dreht sich im Kern darum, ob Flüchtlinge, die sich bereits

in einem anderen EU-Mitgliedstaat in einem laufenden Asylverfahren befinden, an der Grenze an einer Einreise nach Deutschland gehindert werden sollen. Die CSU will die Zurückweisung an der Grenze, die CDU und Kanzlerin Merkel sind dagegen. Erstaunlich an dem Konflikt: Es geht in Wirklichkeit um eine verschwindend geringe Gruppe unter den Flüchtlingen. Daran sieht man: Es geht vor allem um Symbolpolitik. Die CSU will vor den Landtagswahlen in Bayern in diesem Jahr Härte demonstrieren.

Bisher ist keine Seite bereit, nachzugeben oder einen Kompromiss zu finden. Mit dem angedrohten Koalitionsbruch der CSU stellt die Union ihre Regierungsfähigkeit aufs Spiel. Deswegen finde ich auch nicht, dass es nun an der SPD wäre, einmal mehr ihre (hinlänglich bekannten) Positionen zur Migrationspolitik vorzutragen. Vielmehr muss die Union zeigen, wie sie ihre internen Konflikte löst und ob sie tatsächlich bereit ist, die Regierung der Bundesrepublik Deutschland wegen einer Regionalwahl zu gefährden – noch dazu in Zeiten, in denen es um die Existenz der Europäischen Union geht. Das wäre unverantwortlich. Klar ist ebenso: Wir lassen uns nicht vor den Karren durchgedrehter bayerischer Wahlkämpfer spannen.

Musterfeststellungsklage: Die Eine-für- Alle-Klage kommt

Mit der „Eine-für-Alle“-Klage haben wir in dieser Woche ein erstes wichtiges Projekt dieser Legislaturperiode verabschiedet. Die Musterfeststel-

lungsklage ist ein Quantensprung für den Verbraucherschutz. Sie sorgt dafür, dass diejenigen, die Recht haben, auch Recht bekommen. In Fällen, in denen viele Verbraucherinnen und Verbraucher betroffen sind, können in Zukunft Verbraucherverbände die Klage stellvertretend führen – es muss nicht mehr jeder einzelne Verbraucher sein Recht gegen die Rechtsabteilungen großer Konzerne erstreiten. Das ermöglicht es, Schadensersatzansprüche zu erstreiten, ohne die hohen finanziellen Risiken eines Einzelprozesses einzugehen. Das ist sozialdemokratische Politik für ein solidarisches Land.

Bürgermeister aus dem Wahlkreis zu Besuch im Bundestag



Mit dem Oelder Bürgermeister Karl-Friedrich Knop am 6. Juni vor dem Reichstag.

In den vergangenen zwei Wochen habe ich gleich zweimal hochrangigen Besuch aus dem Wahlkreis erhalten. Am 6. Juni besuchte mich Karl-Friedrich Knop, Bürgermeister in Oelde, im Bundestag, am 13.6. folgte der Warendorfer Bürgermeister Axel

Linke. Von der Bau- und Wohnungspolitik über den Breitbandausbau bis zur weiteren Entwicklung der Grundsteuer haben wir zahlreiche Fragen an der Schnittstelle von Bundes- und Kommunalpolitik besprochen.



Mit dem Warendorfer Bürgermeister Axel Linke am 13.6. im Bundestag.

Darüber hinaus habe ich erläutert, wie positiv es ist, dass es erstmals seit den 1960er Jahren wieder einen Ausschuss im Bundestag gibt, der sich explizit um die Belange der kommunalen Ebene kümmert. Die SPD hat sich mit dieser Forderung durchgesetzt, so dass die Städte und Gemeinden endlich eine bessere Resonanz auf der Bundesebene haben werden.

Mit Bürgermeister Linke habe ich mich zudem intensiv über den Breitbandausbau im Kreis unterhalten. Ich setze mich im gesamten Kreis für einen vollständigen Glasfaserausbau bis ins Haus ein („Fiber to the Home“). Zukunftsfähig sind Breitbandanschlüsse nämlich nur dann, wenn sie komplett mit Glasfaser realisiert werden. Die heute noch üblichen Kupferkabel können die benötigten Datenmengen nicht transportieren. Auf meine Anfrage hin hat mir Bundesfinanzminister Olaf Scholz schriftlich bestätigt, dass er bereit ist, die nötige



Am 14. Juni war eine Schülergruppe der Sekundarschule Sassenberg zu Besuch im Bundestag. Wir haben u.a. die Frage diskutiert, was der Einzug der AfD in den Bundestag für die politische Kultur in Deutschland bedeutet. Hier stehen wir im SPD-Fraktionssaal im Reichstag.

Aufwertung der Anschlüsse finanziell zu unterstützen. Jetzt muss nur noch das CSU-geführte Verkehrsministerium mitziehen, das beim Breitbandausbau fachlich zuständig ist.

Parität in der Krankenversicherung – Wir sorgen für gleiche Beiträge von Arbeitnehmern und Arbeitgebern

Das Kabinett hat in der vorletzten Woche mit dem „Gesetzentwurf zur Beitragsentlastung der Versicherten in der Gesetzlichen Krankenversicherung“ ein weiteres zentrales SPD-Projekt des Koalitionsvertrages verabschiedet. Wir sorgen dafür, dass Arbeitgeber wieder genauso viel zur gesetzlichen Krankenversicherung beitragen wie Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Der Zusatzbeitrag zur gesetzlichen Krankenversicherung wird ab dem 1. Januar 2019 zur Hälfte von Arbeitgebern und Arbeitnehmern getragen. Damit entlasten wir Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer um rund 5 Milliarden Euro im Jahr sowie Rentnerinnen und Rentner um rund 2 Milliarden Euro im Jahr. So schaffen wir mehr Gerechtigkeit im Gesundheitssystem.

Podiumsdiskussion mit Haus & Grund zur Grundsteuer

Ein wichtiges Thema nicht nur für die Wohn- und Mietenpolitik, sondern auch für die finanzielle Ausstattung der Städte und Gemeinden, ist die Reform der Grundsteuer. Das Bundesverfassungsgericht hatte die derzeitige vor kurzem als ungerecht verworfen – nun muss eine neue Lösung her.

Wichtig ist mir, dass die Grundsteuer als verlässliche Einnahmequelle der Kommunen erhalten bleibt und zugleich Mieterinnen und Mieter durch eine Reform nicht über Gebühr belastet werden. Glücklicherweise ist die Grundsteuerbelastung in Deutschland mit durchschnittlich rund 19 Cent pro Quadratmeter und Monat vergleichsweise gering. Das soll auch nach einer Reform so bleiben.



Auf der Podiumsdiskussion zur Grundsteuer am 5. Juni.
Foto: Haus & Grund Deutschland.

Am 5. Juni habe ich an einer Podiumsdiskussion zur Reform der Grundsteuer teilgenommen, die vom Verband der Eigenheimbesitzer, Haus & Grund, sowie dem Zentralen Immobilien Ausschuss organisiert wurde. Ich habe dort die Haltung der SPD klar gemacht, dass sich die Grundsteuer auch künftig am Wert von Grundstück und Gebäuden orientieren muss und nicht nur an der Fläche – damit eine Millionärsvilla auch zukünftig höher besteuert wird, als eine gleichgroße Doppelhaushälfte am Stadtrand.



Fast 100 Schülerinnen und Schüler der Ketteler-Schule in Beckum haben mich am 12. Juni im Bundestag besucht. Zunächst haben wir über die Aufgaben eines Abgeordneten im Bundestag diskutiert. Anschließend ging es bei bestem Frühlingswetter rauf auf die Kuppel des Reichstags.

Mitgliedschaft im politischen Beirat des SPD-Wirtschaftsforums



Bei der konstituierenden Sitzung des SPD-Wirtschaftsforums am 7. Juni in Berlin. Auch wenn ich auf dem Foto ein bisschen streng gucke: Ich freue mich auf die Aufgabe!

Die Einladung des SPD-Wirtschaftsforums, Mitglied des politischen Beirats zu werden, habe ich gerne angenommen. Der Politische Beirat berät das Präsidium bei der Erfüllung seiner Aufgaben, nimmt zur Programmatik des Verbandes Stellung und trägt zum Austausch zwischen Politik und Wirtschaft bei, was ich für eine besonders wichtige Aufgabe halte. Weitere Mitglieder des Beirats sind u. a. der österreichische Bundeskanzler a. D. Christian Kern, der niedersächsische Ministerpräsident Stephan Weil und die ehemalige Bundesministerin Brigitte Zypries.

Familienzusammenführung für subsidiär Geschützte ermöglichen

Im Plenum haben wir in erster Lesung eine Neuregelung der Familienzusammenführung für subsidiär Geschützte (das sind z. B. viele Bürgerkriegsflüchtlinge aus Syrien) beraten. Diese Regelung ermöglicht es, dass 1.000 Personen monatlich im

Rahmen der Familienzusammenführung nach Deutschland kommen. Damit stärken wir das Kindeswohl und den Schutz der Familie, die von unserem Grundgesetz garantiert werden. Seit März 2016 war diese Familienzusammenführung nicht mehr möglich. Nun können die engsten Angehörigen (Ehepartner, minderjährige Kinder, Eltern von hier lebenden minderjährigen Kindern) nach Deutschland kommen, um so die auf der Flucht getrennten Familien wieder zusammen zu führen.

Wichtig ist für uns, dass der Visumserteilung durch das Auswärtige Amt eine sachliche Prüfung des Bundesinnenministeriums vorgeschaltet ist, damit eine koordinierte Visumsvergabe erfolgen kann und die begrenzten Kapazitäten der deutschen Auslandsvertretungen nicht zu Problemen führen. Darüber hinaus gibt es eine Einführungsregelung für 2018, die die Begrenzung nicht bei 1.000 Visa pro Monat, sondern bei 5.000 Visa für den gesamten Zeitraum vom 1. August bis zum 31. Dezember 2018 festlegt, so dass das Kontingent 2018 auch bei möglichen Anlaufschwierigkeiten voll ausgeschöpft werden kann. Im Gesetzestext ist es uns gelungen, die Kriterien für das Vorliegen humanitärer Gründe ausdrücklich zu verankern.

Unsere Antwort auf Trump lautet „Europe united“

Für uns ist nach dem G7-Gipfel noch einmal sehr deutlich geworden: Die Antwort auf „America first“ kann nur „Europe united“ lauten. Wir Europäer sind gemeinsam mit Kanada und Japan nun gefordert dafür zu sorgen, dass die internationale Zusammenarbeit in der Friedens-, Rüstungskontroll-, Klima- und Handelspolitik nicht komplett unter die Räder kommt.



Besuch aus dem Wahlkreis: Auf meine Einladung besuchten 50 interessierte Bürgerinnen und Bürger aus dem Wahlkreis das politische Berlin. Auf dem Programm der dreitägigen Tour standen u.a. der Besuch des Bundestages, eine Stadtrundfahrt sowie weitere politische, historische und kulturelle Programmpunkte. Hier sind wir am 11. Juni im Paul-Löbe-Haus des Bundestags.

Wir arbeiten deswegen auch weiterhin für ein starkes und geeintes Europa. Olaf Scholz verhandelt intensiv über eine Stärkung der Europäischen Union. Unsere Vorschläge würden für mehr Solidarität zwischen den Mitgliedstaaten sorgen. Sei es bei der Bankenunion, die dafür sorgt, dass bei künftigen Krisen zuerst die Eigner und Anleger für Verluste eintreten. Oder der Idee einer Rückversicherung für Arbeitslosenversicherungen der Mitgliedstaaten der Eurozone. Damit könnte jenen Ländern besonders geholfen werden, die sich in einer Wirtschaftskrise befinden und in denen viele Menschen ihre Arbeit verloren haben.

Empfang des Internationalen Parlaments-Stipendiums

Mehrere Monate hat mich Alexandra Boguslawskaja aus Belarus als Hospitantin in meinem Bundestagsbüro begleitet. Alexandra ist im Rahmen des Internationalen Parlaments-Stipendium (IPS) des Deutschen Bundestags in den Bundestag gekommen. Mit diesem Programm fördern wir die internationale Verständigung in Europa und darüber hinaus. Dies hat auch der diesjährige IPS-Empfang im Bundestag wieder eindrücklich gezeigt. Die Stipendiaten präsentieren ihr jeweiliges Land, die Menschen und ihre Kultur an zahlreichen Ständen – vor allem aber wird gemeinsam gegessen, getrunken und gefeiert. Hier kommt man mit Menschen aus aller Herren Länder ins Gespräch.



Im Gespräch mit Alexandra Boguslawskaja und dem Botschafter der Republik Belarus, Denis Sidorenko, auf dem Empfang des Internationalen Parlaments-Stipendiums am 14. Juni im Paul-Löbe-Haus.

Dank der Hospitation von Alexandra habe ich nicht zuletzt viel über Belarus und seine prekäre Lage zwischen Europa und Russland sowie sein Streben nach Eigenständigkeit. Belarus ist die letzte Diktatur in Europa – ich würde mich freuen, wenn wir die Menschen in Belarus dabei unterstützen könnten, einen Weg der demokratischen Öffnung zu beschreiten. Das IPS-Stipendium hat jedenfalls schon mal eines geschafft: Das gegenseitige Verständnis zu fördern.

Sozialen Arbeitsmarkt auf den Weg gebracht

Die Ressortabstimmung zur Umsetzung eines Sozialen Arbeitsmarktes wurde jetzt eingeleitet. Mit vier Milliarden Euro sollen Menschen, die lange arbeitslos waren, wieder in Beschäftigung kommen und so gesellschaftliche Teilhabe erfahren.

Das ist nichts anderes als eine Kehrtwende in der Arbeitsmarktpolitik. Waren bis jetzt immer nur befristete Sonderprogramme möglich, schaffen wir nun mit einem Regelinstrument eine ehrliche und langfristige Perspektive für Langzeitarbeitslose. Diejenigen, die absehbar keine Chance mehr auf dem ersten Arbeitsmarkt haben, sollen für fünf Jahre eine geförderte sozialversicherungspflichtige Beschäftigung bei Arbeitgebern der Wirtschaft, in sozialen Einrichtungen oder bei den Kommunen erhalten. Um die Beschäftigung zu stabilisieren, werden Teilnehmende und der Arbeitgeber durch ein begleitendes Coaching unterstützt.

Die Umsetzung des Sozialen Arbeitsmarktes ist ein wichtiger Schritt, um Menschen Teilhabe durch Arbeit zu ermöglichen. Doch darüber hinaus müssen die Jobcenter finanziell, personell und strukturell insgesamt noch besser ausgestattet werden. Hierfür wird sich die SPD-Bundestagsfraktion einsetzen.

**Zu guter Letzt: Fragen, Anregungen, Kritik?
Meldet euch, ihr wisst, wie es geht.**

Euer